

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

247 (23.10.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: im Haus durch Läger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Filialen abgeholt, monatlich 80 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitung Nr. 8144.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 247. Erstes Blatt. Karlsruhe, Dienstag den 23. Oktober 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Gleiches Wahlrecht und billiges Brot.

Unter diesem Titel erschien dieser Tage im Bielefelder Verlag in Freiburg eine Broschüre, die die Hauptfrage damit beschäftigt, für die kommenden Reichstagswahlen eine Wahlparole zu formulieren, um die sich alle Gegner der reaktionären agrarischen Politik sammeln können. Der Verfasser der Broschüre nennt seinen Namen nicht, er ist aber ein politischer Parteimitglied. Am nächsten Tage er den Nationalsozialisten.

Die Broschüre enthält manches Gute, insbesondere wenn sie sich über die mangelhafte politische Bildung des deutschen Volkes äußert. Allein die Broschüre hat sich der Broschüre mit der Politik noch nicht, oder doch nur in sehr unangenehmer Weise beschäftigt. Seine Idee des „Gleiches Wahlrecht“ schwebt in der Luft. Theoretisch klingt es ja sehr schön, und oberflächlich betrachtet, auch einigermassen planmäßig, sich zunächst die Forderung der Reichstagswahlreform bedarfsweise, ganz abgesehen davon, daß die neue Wahlordnung unserer Handelspolitik zur Erzielung einer Wahrung zu beschränken. Aber in der Praxis läßt sich eine solche Beschränkung nicht durchführen, ganz abgesehen davon, daß die neue Wahlordnung, wie sie dem Verfasser vorschwebt, die Dinge bei uns in Deutschland liegen, noch ungeschicklicher noch in absehbarer Zeit nicht durchzuführen ist. Gewiß hat er recht, wenn er behauptet, daß in der nationalliberalen Partei eine konsequente Linie sich befindet, desgleichen ist es richtig, daß das Zentrum mit absoluter Notwendigkeit immer mehr sich zu einer rein sozialistischen Partei entwickelt.

Verhältnisse verkennt, zeigt sein Urteil über den badischen Bloß. Er spricht von einem „großen Erfolg der badischen Bloßpolitik“. Nun muß aber jeder, der auch nur halbwegs die politischen Verhältnisse Badens kennt, wissen, daß von einer Bloßpolitik gar keine Rede sein kann. Einen Erfolg hatte die Bloßpolitik bei den letzten Landtagswahlen. Aber von einer Bloßpolitik bis zur Bloßpolitik ist noch ein sehr weiter Schritt. Eine Bloßpolitik ist nur denkbar, wenn sie sich auf irgendwelcher programmatischen Grundlage aufbaut. Diese Grundlage kann man eventuell auf ganz wenige, aber dringliche Forderungen beschränken. Nur weiß aber jeder, daß die Nationalliberalen in Baden gerade in denjenigen Fragen völlig versagen, die in Baden die Grundlage für eine Bloßpolitik abgeben könnten. Wir verweisen auf die Frage der so notwendigen Reform unserer Gemeinde- und Städteordnung. Eine Bloßpolitik hat ferner zur unbedingten Voraussetzung den konsequenten Kampf gegen die agrarische Reaktion. Der badische Nationalliberalismus verlagert in diesen beiden so wichtigen und geradezu brennenden Fragen vollständig. Nicht einmal bei den „Jungen“ ist hier irgendwelcher Verlaß.

Dann kommt die Frage der Stellung des Staates zur Kirche, die mit jedem Tage an Bedeutung gewinnt. Ist denn dem Verfasser der Broschüre nichts davon bekannt, wie die Nationalliberalen sich zu der Sozialreform, zur Personalreform, zum Vermögenssteuerreform, kurz zu allen wichtigen Fragen, die den badischen Landtag beschäftigen, gestellt haben? Wenn ja, wie kommt er denn zu der Illusion von dem „großen Erfolg der badischen Bloßpolitik“? Das sind lauter Fragen, in welchen für den Liberalismus die Stellung klipp und klar vorgezeichnet ist. Die Politik haben die Nationalliberalen auch auf dem letzten Landtag nicht mit dem „Bloß“, sondern in der Hauptfrage mit dem Zentrum gemacht. Eine Bloßpolitik existiert also in Baden heute noch ebensowenig wie anderwärts. Wer das Gegenteil behauptet, kennt entweder die badischen Verhältnisse nicht, oder er phantasiert. In eine Bloßpolitik denken die badischen Nationalliberalen für sie unrettbar verloren gewesen wären.

Daß die Nationalliberalen für eine der Verfassung entsprechende Forderung der Reichstagswahlreform zu haben sind, ist ausgeschlossen. Und welcher Politiker, der ernst genommen werden will, kann damit rechnen, daß die nationalliberale Partei sich einer Koalition anschließt, die es sich zur Aufgabe macht, „billiges Brot“, d. h. eine Verringerung oder doch wesentliche Einschränkung unserer derzeitigen Zollpolitik anzustreben? Und dann! Eine Verringerung unserer Zoll- und Handelspolitik hängt untrennbar mit der Frage der Reichsfinanz zusammen. Verringerung oder Einschränkung der notwendigen Lebensmittel verteuern die Preise nicht anders, als die direkte Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer einführen. Es ist also ein politischer Nonsens, zu sagen, man solle sich auf die beiden Fragen, gleiches Wahlrecht und billiges Brot, beschränken.

immerhin lesenswerten Broschüre. Die reinliche Scheidung des Liberalismus von allem, was einer liberalen Politik schädlich sein kann und muß, ist gewiß die erste Voraussetzung zur Verwirklichung der Idee des liberalen Bloßes. Das haben auch wir immer gesagt. Aber an diese reinliche Scheidung denkt im Lager der liberalen Partei niemand ernstlich, denn sie dürfte sich nicht nur auf die nationalliberale Partei beschränken. Was hinein in die Reihen der bürgerlichen Demokratie müßte „gereinigt“ werden.

Der Zusammenhang zwischen der sozialen und politischen Anechtung des Volkes ist ein so enger, daß daran alle die wohlmeinenden Bestrebungen der politischen Eingänger vom Schläge des Verfassers der Broschüre scheitern. Das ist nicht die Schuld der Sozialdemokratie, so wenig es unsere Schuld ist, wenn die Namen, Barth und Konforten bei aller Mühe und Aufopferung es nicht fertig bringen, das Bürgerium für ihren Liberalismus in größeren Massen zu gewinnen. Die Kenntnis des inneren Zusammenhangs von Politik und Deonomie, von politischer und sozialer Anechtung, fehlt nicht nur dem Bürgerium, sie fehlt auch in den meisten Fällen jenen politischen Einspännern, die da meinen, mit ihren wohlgemeinten Ratschlägen und Wünschen die Mächte überwinden zu können, die in Deutschland mit allen Mitteln es zu verhindern versuchen, daß das Volk größeren Einfluß auf die Politik bekommt.

Die Sozialdemokratie ist immer dabei gewesen und wird immer dabei sein, wenn der Liberalismus ehrlich befreit und gewillt ist, den Kampf gegen die Reaktion zu führen. Mit Vergnügen würde sie für die Reichstagswahlen im Jahre 1908 die Kandidatengruppe, die in Baden bei den letzten Landtagswahlen besetzt wurde; mit allen Kräften würde sie die Wahlparole fordern: „Gleiches Wahlrecht und billiges Brot“. Aber der Liberalismus wird dafür nicht zu haben sein. Die Nationalliberalen jedenfalls unter keinen Umständen. Deshalb muß die Sozialdemokratie allein in diesen Kampf gegen die Reaktion aufnehmen und auch durchführen. Möge ihr ein großer Erfolg beschieden sein.

unbenommen bleibe, und uns nur angenehm sein könne, wenn sie sich auf den Liberalismus wirklich besinnen und für die sogenannten Gegenwartsforderungen in unserem Programm stimmen wollen. Es handelt sich da um Forderungen, die der heutige Liberalismus zu meist im Stiche gelassen habe und darum von uns übernommen werden müssen. Nicht einmal die imputierte Hoffnung auf die Jungliberalen habe ich geäußert, ich habe mich vielmehr im Hinblick auf den Verlauf des Goslarer Parteitag sehr skeptisch über die „liberale“ Zukunft der nationalliberalen Partei geäußert.

Bei den Erörterungen über die Bündnismöglichkeit mit der Liberalen ist nun auch das Stichwahlkommen besprochen worden und entsprechend meiner Stellung zum Liberalismus wie zu den bürgerlichen Parteien überhaupt habe ich in Waldshut erklärt, was ich schon sehr oft gesagt habe, daß ich das Stichwahlkommen nur als wahltaktisches Zusammengehen auffasse, das mit dem Wollzug der Stichwahl sein Ende erreicht — ein wahltaktisches Zusammengehen, das auch nicht von Liebe zu den Liberalen oder durch besondere Rücksichten auf diese Partei diktiert sei, sondern das lediglich die absolute Mehrheit einer Partei, hier noch dazu des reaktionären Zentrums, verhindern sollte. Und ganz entsprechend dieser Anschauung habe ich allerdings in Waldshut wie im badischen Landtag gesagt, ich stünde im Gegensatz zu meinen Parteifreunden auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie, um eine absolute Mehrheit des Zentrums zu verhindern, eventuell auch ohne Gegenleistung für die Liberalen hätte stimmen müssen. Das ist eine Meinung, die abweicht von der Auffassung der Mehrheit unserer Genossen, ich muß mir aber berufen, daß diese meine Überzeugung als Entgegnung verallt wird. Wenn es eine Entgegnung ist, einmal abweichender Meinung von der Mehrheit der Parteigenossen zu sein, so ist die ganze parteipolitische Tätigkeit des Volkstreuebesten, der für den badischen Teil verantwortlich ist, eine einzige große Entgegnung, denn es ist ja bekannt, daß er sich öfter mit vielen und wichtigen Beschlüssen der Parteitage im Widerspruch befunden hat. Es ist nun behauptet worden, meine Bemerkung stünde im Widerspruch mit meiner Haltung vor dem Stichwahlkommen; das ist einfach unrichtig und es wird nicht richtig, wenn es jetzt zum dritten oder viertenmale behauptet wird. Ich habe 14 Tage vor dem Stichwahlkommen bei einer Besprechung des Zentralwahlkomitees ausdrücklich das Protokoll genau dieselbe Anschauung vertreten und nach gegen ein Mitglied des Komitees berichtigt und ich habe ihr später in Goslar mein Ausdrück verliehen, als ich die Preisgabe des Goslarer Mandats tadelte. Es ist, wie ich schon auf unserem badischen Parteitag bemerkte (Protokoll Seite 58—59), durchaus kein Widerspruch, meine Auffassung über die Notwendigkeit der Verhinderung einer absoluten Landtagsmehrheit zu haben und doch, wenn ein formelles Zusammengehen zustande kommt, soviel als möglich dabei zu erreichen zu suchen. Man läßt deshalb den Gegner nicht in die Karten schauen und ich hätte vor dem Stichwahlkomitee nichts, auch nicht andeutungsweise, den Liberalen wissen lassen, wie ich über unsere Haltung bei der Stichwahl denke.

Der törichte Vorwurf, der jetzt wieder verstreut erhoben wird, ich hätte das Stichwahlbündnis vom Standpunkt des Mandatschachers aus beurteilt, trifft mich also nicht. Stünde ich auf diesem Standpunkt, dann müßte ich allerdings dem Volkstreue recht geben, daß meine Bemerkung ungeschickt wäre, denn wenn man seine Unterstützung so teuer als möglich verkaufen will, stößt sie das Handelsgeschäft.

So viel über das Stichwahlkommen, über das ich meine Ansicht nicht ändern werde trotz Volkstreue. Ich ist, wird der Mahener Verehrer wohl vergeblich auf die Meldung warten.

Badische Politik.

„Eine bedauerliche Entgegnung.“

Unter dieser Überschrift unternimmt der Volkstreue einen Vorstoß gegen mich, auf den ich wegen mehrjähriger Abwesenheit von Karlsruhe erst jetzt antworten kann. Es handelt sich um eine Verfallungsschreiben, die ich in Waldshut gehalten habe und über welche der Konstanzer Zeitung einen Bericht gebracht hat, der nach der im Volkstreue wiedergegebenen Probe ziemlich einseitig gehalten sein muß. Das ist übrigens gar nicht wunderbar, denn jedes Parteiblatt wird die ihm angenehmen Bemerkungen eines politischen Gegners mit ungleich größerem Behagen verbreiten als etwa erfolglose Angriffe. Man braucht also nicht einmal an die fünfstündige Dauer der Meben und die notwendige Mangelhaftigkeit eines kurzen Berichtes darüber zu denken, um zur Vorsicht solchen Berichten gegenüber geneigt zu sein. So habe ich in Waldshut, ganz im Gegensatz zu der liberal-freundlichen Stimmung, die man aus dem Bericht herauslesen könnte und die der Volkstreue den Defekt noch durch Zettrud einiger Sätze suggerieren möchte, mit allem Nachdruck auf die Unmöglichkeit eines liberal-sozialdemokratischen Bündnisses hingewiesen. Gegenüber den Klagen von der „großen geintem Linken“ habe ich ganz ausdrücklich betont, daß an ein gemeinsames Arbeitsprogramm zwischen Sozialdemokraten und Liberalen gar nicht zu denken sei, daß es den Liberalen ja aber

geben werden sollte. Dem Bürgermeister fuhr der Gauner auf einem Rade, das er ebenfalls erzwunden hatte, zum Bahnhof, um mit dem Schnellzuge nach Hannover zu fahren. Der Schnellzug beförderte jedoch keine Fuhrer. Der angehende Offizier fühlte sich so sicher in seiner Rolle, daß er auch dem Bahnhofsvorsteher gegenüber als Angehöriger des Kaisers auftrat und auf Grund dieser Eigenschaft die Beförderung des Rades verlangte. Der Bahnhofsvorsteher forderte jedoch einen Ausweis von dem höchsten Leutnant, worauf dieser es aber getatener hielt, unter Zurücklassung seines Rades zu verlusten.

In Bad Dahnhausen ist er später festgenommen und nach Goslar transportiert worden. Wahrscheinlich wird er auch vom dortigen Gericht verurteilt worden sein, und es liegt sich danach wohl feststellen, ob wirklich eine Identität zwischen den Personen besteht. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß der damalige Leutnant jetzt zum Hauptmann avanciert ist und nach dem Gelingen des Streiches bei dem Bürgermeister einer kleinen Provinzialstadt auch einmal einen größeren Coup in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt gewagt hat.

Der Bürgermeister bleibt.

Eine von etwa 1200 Würgern Köpenicks besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, dem Bürgermeister Dr. Langemann das Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen und ihn zu ersuchen, im Amte zu bleiben.

Ehrenpenden für den Hauptmann.

Der Räderhauptmann von Köpenick wird jetzt schon mit Ehrenpenden bedacht — wenn er sich meldet! In der Deutschen Reichszeitung, vom 21. ds. Mts. befindet sich folgende Anzeige:

„Der Köpenicker Held wird hochgepriesen und erhält als Beweis der herzlichsten Teilnahme von einem Mahener Verehrer 10 Mk. Gratifikation, wenn er sich meldet. Johann Diederich, Wagen, Maurermeister.“

So lange der schneidige „Hauptmann“ nicht ermittelt

Wieder die reinliche Scheidung, wie sie der Verfasser der Broschüre von der nationalliberalen Partei wünscht und erhofft, wird nicht erfolgen. Er denkt denn in der nationalliberalen Partei im Grunde daran, die konsequente Linie abzugeben und in einen solchen Stand haben nicht einmal Jungliberalen zu denken gewagt. Was bliebe der nationalliberalen Partei überhaupt noch übrig, wenn man die konsequente Linie abgeben würde? Die ganze Führung der nationalliberalen Partei, alles was in derselben irgend was zu sagen hat, müßte abgehoben werden. Dem Verlauf des Goslarer Parteitag ist dem Verfasser dem ja zu denken. Damit fällt aber der Plan, den sich der Verfasser der oben genannten Broschüre konzentriert hat, in sich zusammen. Eine nutzlose Vergeblichkeit politischer Kräfte, nationalliberale Partei zu einer wirklich liberalen Partei reformieren zu wollen, denn es handelt sich dabei nicht bloß um die rein politischen Fragen, wie der Verfasser ganz richtig herausföhrt, allem auch um die wirtschaftspolitischen Fragen.

Man kann eben Politik und Deonomie nicht voneinander trennen. Sobald aber die wirtschaftspolitischen Probleme angefaßt werden, zeigt die Kollisionsfähigkeit des deutschen Liberalismus. Es ist es bei den Jungliberalen um kein Jota anders, als bei den „Alten“. Der Jollschwärmer ist auch unter den „Jungen“ genug, dazu Anzeichen des Befähigungsnaheverwes, der Warenhausbesitzer s tutti quanti.

Die sehr der Verfasser die tatsächlichen

Ein Scharl-Reporter photographiert auch um die Eden und durch die dichtesten Gärten hindurch.

Die Köpenicker zeigen Talent.

Sie verlangen jetzt eine Garnison, weil die Sache ihnen nicht passiert wäre, wenn sie mit dem Militär besser vertraut gewesen wären. Also muß man den Köpenicker Mädchen etwas Tanz-Jarbe hinschicken.

Köpenick in Hannover.

Der Köpenicker Gaunerreich zeigt nicht ganz ohne Beispiel da, sondern es hat sich einmal der Fall ereignet, daß südtürkische Behörden von einem uniformierten Gauner geprellt wurden. Gewalt wurde dabei allerdings nicht angewandt, aber im übrigen sind sich die beiden Fälle sehr ähnlich, jedoch vielleicht die Vermutung berechtigt ist, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt. Der einige Jahre zurückliegende Fall spielte in der Gegend von Emsdet und Salzderhelden. Ein Mann in der Uniform eines Infanterieleutnants stellte sich dort den Ortsbehörden als Abgesandter des Kaisers vor und gab an, daß der Kaiser die Gegend besuchen wolle und ihn mit den Vorbereitungen der Reise beauftragt habe. Am Schlusse des Besuchs bei einer Reihe von Ortsbeamten hat er dann regelmäßig um einen Vorstoß, der ihm auch gegen Quittung bereitwillig gewährt wurde.

Schließlich staltete er auch dem Bürgermeister in Salzderhelden einen Besuch ab und erzählte dem dieselbe Mär. Der Bürgermeister war hoch erfreut über den in Aussicht stehenden Kaiserbesuch und sah sich im Geiste wohl schon mit einem hohen Orden bedacht. Er nötigte seinen Gast zum Frühstück, und beim opulenten Mahle wurden dann die Vorbereitungen für den Kaiserbesuch besprochen. Es sollte eine Ehrenpforte errichtet werden und an dieser der Magistrat in Begleitung von Ehrenjungfrauen des Kaisers empfangen. Der Bürgermeister sollte dabei eine Ansprache halten. Dieser war so von der Sache eingenommen, daß er dem angehenden Offizier auf dessen Bitte ebenfalls einen erheblichen Betrag ausshändigte, der natürlich auch nur vorschußweise ge-

geben werden sollte. Dem Bürgermeister fuhr der Gauner auf einem Rade, das er ebenfalls erzwunden hatte, zum Bahnhof, um mit dem Schnellzuge nach Hannover zu fahren. Der Schnellzug beförderte jedoch keine Fuhrer. Der angehende Offizier fühlte sich so sicher in seiner Rolle, daß er auch dem Bahnhofsvorsteher gegenüber als Angehöriger des Kaisers auftrat und auf Grund dieser Eigenschaft die Beförderung des Rades verlangte. Der Bahnhofsvorsteher forderte jedoch einen Ausweis von dem höchsten Leutnant, worauf dieser es aber getatener hielt, unter Zurücklassung seines Rades zu verlusten.

In Bad Dahnhausen ist er später festgenommen und nach Goslar transportiert worden. Wahrscheinlich wird er auch vom dortigen Gericht verurteilt worden sein, und es liegt sich danach wohl feststellen, ob wirklich eine Identität zwischen den Personen besteht. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß der damalige Leutnant jetzt zum Hauptmann avanciert ist und nach dem Gelingen des Streiches bei dem Bürgermeister einer kleinen Provinzialstadt auch einmal einen größeren Coup in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt gewagt hat.

Der Bürgermeister bleibt.

Eine von etwa 1200 Würgern Köpenicks besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, dem Bürgermeister Dr. Langemann das Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen und ihn zu ersuchen, im Amte zu bleiben.

Ehrenpenden für den Hauptmann.

Der Räderhauptmann von Köpenick wird jetzt schon mit Ehrenpenden bedacht — wenn er sich meldet! In der Deutschen Reichszeitung, vom 21. ds. Mts. befindet sich folgende Anzeige:

„Der Köpenicker Held wird hochgepriesen und erhält als Beweis der herzlichsten Teilnahme von einem Mahener Verehrer 10 Mk. Gratifikation, wenn er sich meldet. Johann Diederich, Wagen, Maurermeister.“

So lange der schneidige „Hauptmann“ nicht ermittelt

Der Räuber-Hauptmann.

Hauptmann von Köpenick, Vollführte einen Teufel, Am besten Tag, Tausend im Augenblick, Stach er mit viel Geschick, Auf einen Schlag.

Gendarm und Militär, Holt er sich dazu her, Doch es gelingt, Alles muß sigen sich Dem Militär-Mitrich, Wenn er bloß winkt.

Stadtvorstand und Rentner, Kreieret miteinander, Nur Meiberg, Lange Gesichter gibts, Aber sonst weiter nichts, Bei Erzellen.

Beg ist das bare Geld llyd auch vom Räuberheld Stehst nichts ringsum, In Berlin, hilfesünder, Meid't er sich auf der Stoll In Zivil um.

Köpenick — großer Schred, Alles was grad' wie weg llyd wie kopflos, Vom Militär-Mitrich, Rad's, deutlicher Michel, doch Drum dich bald los.

Somit frigt er — 's ist sein Maß — Samt seiner Bipeinlich, Dich auch noch auf, Denn was im letzten Laß, Alles passiert was, Deutet darauf.

Ein Volkstreue-Abonent.

Köpenick.

Der Hauptmann im Metropol-Theater.

Die Köpenicker zeigen Talent.

Sie verlangen jetzt eine Garnison, weil die Sache ihnen nicht passiert wäre, wenn sie mit dem Militär besser vertraut gewesen wären. Also muß man den Köpenicker Mädchen etwas Tanz-Jarbe hinschicken.

Köpenick in Hannover.

Der Köpenicker Gaunerreich zeigt nicht ganz ohne Beispiel da, sondern es hat sich einmal der Fall ereignet, daß südtürkische Behörden von einem uniformierten Gauner geprellt wurden. Gewalt wurde dabei allerdings nicht angewandt, aber im übrigen sind sich die beiden Fälle sehr ähnlich, jedoch vielleicht die Vermutung berechtigt ist, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt. Der einige Jahre zurückliegende Fall spielte in der Gegend von Emsdet und Salzderhelden. Ein Mann in der Uniform eines Infanterieleutnants stellte sich dort den Ortsbehörden als Abgesandter des Kaisers vor und gab an, daß der Kaiser die Gegend besuchen wolle und ihn mit den Vorbereitungen der Reise beauftragt habe. Am Schlusse des Besuchs bei einer Reihe von Ortsbeamten hat er dann regelmäßig um einen Vorstoß, der ihm auch gegen Quittung bereitwillig gewährt wurde.

Schließlich staltete er auch dem Bürgermeister in Salzderhelden einen Besuch ab und erzählte dem dieselbe Mär. Der Bürgermeister war hoch erfreut über den in Aussicht stehenden Kaiserbesuch und sah sich im Geiste wohl schon mit einem hohen Orden bedacht. Er nötigte seinen Gast zum Frühstück, und beim opulenten Mahle wurden dann die Vorbereitungen für den Kaiserbesuch besprochen. Es sollte eine Ehrenpforte errichtet werden und an dieser der Magistrat in Begleitung von Ehrenjungfrauen des Kaisers empfangen. Der Bürgermeister sollte dabei eine Ansprache halten. Dieser war so von der Sache eingenommen, daß er dem angehenden Offizier auf dessen Bitte ebenfalls einen erheblichen Betrag ausshändigte, der natürlich auch nur vorschußweise ge-

geben werden sollte. Dem Bürgermeister fuhr der Gauner auf einem Rade, das er ebenfalls erzwunden hatte, zum Bahnhof, um mit dem Schnellzuge nach Hannover zu fahren. Der Schnellzug beförderte jedoch keine Fuhrer. Der angehende Offizier fühlte sich so sicher in seiner Rolle, daß er auch dem Bahnhofsvorsteher gegenüber als Angehöriger des Kaisers auftrat und auf Grund dieser Eigenschaft die Beförderung des Rades verlangte. Der Bahnhofsvorsteher forderte jedoch einen Ausweis von dem höchsten Leutnant, worauf dieser es aber getatener hielt, unter Zurücklassung seines Rades zu verlusten.

In Bad Dahnhausen ist er später festgenommen und nach Goslar transportiert worden. Wahrscheinlich wird er auch vom dortigen Gericht verurteilt worden sein, und es liegt sich danach wohl feststellen, ob wirklich eine Identität zwischen den Personen besteht. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß der damalige Leutnant jetzt zum Hauptmann avanciert ist und nach dem Gelingen des Streiches bei dem Bürgermeister einer kleinen Provinzialstadt auch einmal einen größeren Coup in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt gewagt hat.

Der Bürgermeister bleibt.

Eine von etwa 1200 Würgern Köpenicks besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, dem Bürgermeister Dr. Langemann das Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen und ihn zu ersuchen, im Amte zu bleiben.

Ehrenpenden für den Hauptmann.

Der Räderhauptmann von Köpenick wird jetzt schon mit Ehrenpenden bedacht — wenn er sich meldet! In der Deutschen Reichszeitung, vom 21. ds. Mts. befindet sich folgende Anzeige:

„Der Köpenicker Held wird hochgepriesen und erhält als Beweis der herzlichsten Teilnahme von einem Mahener Verehrer 10 Mk. Gratifikation, wenn er sich meldet. Johann Diederich, Wagen, Maurermeister.“

So lange der schneidige „Hauptmann“ nicht ermittelt

Der Köpenicker zeigt Talent.

Sie verlangen jetzt eine Garnison, weil die Sache ihnen nicht passiert wäre, wenn sie mit dem Militär besser vertraut gewesen wären. Also muß man den Köpenicker Mädchen etwas Tanz-Jarbe hinschicken.

Köpenick in Hannover.

Der Köpenicker Gaunerreich zeigt nicht ganz ohne Beispiel da, sondern es hat sich einmal der Fall ereignet, daß südtürkische Behörden von einem uniformierten Gauner geprellt wurden. Gewalt wurde dabei allerdings nicht angewandt, aber im übrigen sind sich die beiden Fälle sehr ähnlich, jedoch vielleicht die Vermutung berechtigt ist, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt. Der einige Jahre zurückliegende Fall spielte in der Gegend von Emsdet und Salzderhelden. Ein Mann in der Uniform eines Infanterieleutnants stellte sich dort den Ortsbehörden als Abgesandter des Kaisers vor und gab an, daß der Kaiser die Gegend besuchen wolle und ihn mit den Vorbereitungen der Reise beauftragt habe. Am Schlusse des Besuchs bei einer Reihe von Ortsbeamten hat er dann regelmäßig um einen Vorstoß, der ihm auch gegen Quittung bereitwillig gewährt wurde.

Schließlich staltete er auch dem Bürgermeister in Salzderhelden einen Besuch ab und erzählte dem dieselbe Mär. Der Bürgermeister war hoch erfreut über den in Aussicht stehenden Kaiserbesuch und sah sich im Geiste wohl schon mit einem hohen Orden bedacht. Er nötigte seinen Gast zum Frühstück, und beim opulenten Mahle wurden dann die Vorbereitungen für den Kaiserbesuch besprochen. Es sollte eine Ehrenpforte errichtet werden und an dieser der Magistrat in Begleitung von Ehrenjungfrauen des Kaisers empfangen. Der Bürgermeister sollte dabei eine Ansprache halten. Dieser war so von der Sache eingenommen, daß er dem angehenden Offizier auf dessen Bitte ebenfalls einen erheblichen Betrag ausshändigte, der natürlich auch nur vorschußweise ge-

geben werden sollte. Dem Bürgermeister fuhr der Gauner auf einem Rade, das er ebenfalls erzwunden hatte, zum Bahnhof, um mit dem Schnellzuge nach Hannover zu fahren. Der Schnellzug beförderte jedoch keine Fuhrer. Der angehende Offizier fühlte sich so sicher in seiner Rolle, daß er auch dem Bahnhofsvorsteher gegenüber als Angehöriger des Kaisers auftrat und auf Grund dieser Eigenschaft die Beförderung des Rades verlangte. Der Bahnhofsvorsteher forderte jedoch einen Ausweis von dem höchsten Leutnant, worauf dieser es aber getatener hielt, unter Zurücklassung seines Rades zu verlusten.

In Bad Dahnhausen ist er später festgenommen und nach Goslar transportiert worden. Wahrscheinlich wird er auch vom dortigen Gericht verurteilt worden sein, und es liegt sich danach wohl feststellen, ob wirklich eine Identität zwischen den Personen besteht. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß der damalige Leutnant jetzt zum Hauptmann avanciert ist und nach dem Gelingen des Streiches bei dem Bürgermeister einer kleinen Provinzialstadt auch einmal einen größeren Coup in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt gewagt hat.

Der Bürgermeister bleibt.

Eine von etwa 1200 Würgern Köpenicks besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, dem Bürgermeister Dr. Langemann das Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen und ihn zu ersuchen, im Amte zu bleiben.

Ehrenpenden für den Hauptmann.

Der Räderhauptmann von Köpenick wird jetzt schon mit Ehrenpenden bedacht — wenn er sich meldet! In der Deutschen Reichszeitung, vom 21. ds. Mts. befindet sich folgende Anzeige:

„Der Köpenicker Held wird hochgepriesen und erhält als Beweis der herzlichsten Teilnahme von einem Mahener Verehrer 10 Mk. Gratifikation, wenn er sich meldet. Johann Diederich, Wagen, Maurermeister.“

So lange der schneidige „Hauptmann“ nicht ermittelt

geben werden sollte. Dem Bürgermeister fuhr der Gauner auf einem Rade, das er ebenfalls erzwunden hatte, zum Bahnhof, um mit dem Schnellzuge nach Hannover zu fahren. Der Schnellzug beförderte jedoch keine Fuhrer. Der angehende Offizier fühlte sich so sicher in seiner Rolle, daß er auch dem Bahnhofsvorsteher gegenüber als Angehöriger des Kaisers auftrat und auf Grund dieser Eigenschaft die Beförderung des Rades verlangte. Der Bahnhofsvorsteher forderte jedoch einen Ausweis von dem höchsten Leutnant, worauf dieser es aber getatener hielt, unter Zurücklassung seines Rades zu verlusten.

In Bad Dahnhausen ist er später festgenommen und nach Goslar transportiert worden. Wahrscheinlich wird er auch vom dortigen Gericht verurteilt worden sein, und es liegt sich danach wohl feststellen, ob wirklich eine Identität zwischen den Personen besteht. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß der damalige Leutnant jetzt zum Hauptmann avanciert ist und nach dem Gelingen des Streiches bei dem Bürgermeister einer kleinen Provinzialstadt auch einmal einen größeren Coup in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt gewagt hat.

Der Bürgermeister bleibt.

Eine von etwa 1200 Würgern Köpenicks besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, dem Bürgermeister Dr. Langemann das Vertrauen der Bürgererschaft auszusprechen und ihn zu ersuchen, im Amte zu bleiben.

Ehrenpenden für den Hauptmann.

Der Räderhauptmann von Köpenick wird jetzt schon mit Ehrenpenden bedacht — wenn er sich meldet! In der Deutschen Reichszeitung, vom 21. ds. Mts. befindet sich folgende Anzeige:

„Der Köpenicker Held wird hochgepriesen und erhält als Beweis der herzlichsten Teilnahme von einem Mahener Verehrer 10 Mk. Gratifikation, wenn er sich meldet. Johann Diederich, Wagen, Maurermeister.“

So lange der schneidige „Hauptmann“ nicht ermittelt

Der Köpenicker zeigt Talent.

Sie verlangen jetzt eine Garnison, weil die Sache ihnen nicht passiert wäre, wenn sie mit dem Militär besser vertraut gewesen wären. Also muß man den Köpenicker Mädchen etwas Tanz-Jarbe hinschicken.

Köpenick in Hannover.

Der Köpenicker Gaunerreich zeigt nicht ganz ohne Beispiel da, sondern es hat sich einmal der Fall ereignet, daß südtürkische Behörden von einem uniformierten Gauner geprellt wurden. Gewalt wurde dabei allerdings nicht angewandt, aber im übrigen sind sich die beiden Fälle sehr ähnlich, jedoch vielleicht die Vermutung berechtigt ist, daß es sich um ein und dieselbe Person handelt. Der einige Jahre zurückliegende Fall spielte in der Gegend von Emsdet und Salzderhelden. Ein Mann in der Uniform eines Infanterieleutnants stellte sich dort den Ortsbehörden als Abgesandter des Kaisers vor und gab an, daß der Kaiser die Gegend besuchen wolle und ihn mit den Vorbereitungen der Reise beauftragt habe. Am Schlusse des Besuchs bei einer Reihe von Ortsbeamten hat er dann regelmäßig um einen Vorstoß, der ihm auch gegen Quittung bereitwillig gewährt wurde.

Schließlich staltete er auch dem Bürgermeister in Salzderhelden einen Besuch ab und erzählte dem dieselbe Mär. Der Bürgermeister war hoch erfreut über den in Aussicht stehenden Kaiserbesuch und sah sich im Geiste wohl schon mit einem hohen Orden bedacht. Er nötigte seinen Gast zum Frühstück, und beim opulenten Mahle wurden dann die Vorbereitungen für den Kaiserbesuch besprochen. Es sollte eine Ehrenpforte errichtet werden und an dieser der Magistrat in Begleitung von Ehrenjungfrauen des Kaisers empfangen. Der Bürgermeister sollte dabei eine Ansprache halten. Dieser war so von der Sache eingenommen, daß er dem angehenden Offizier auf dessen Bitte ebenfalls einen erheblichen Betrag ausshändigte, der natürlich auch nur vorschußweise ge-

n für Mann
sch Arbeiter
Es ist jetzt
die nächsten
politiker wird
schließen.
An den Reichs-
tagen für sie
sich mit dem
lich der Ver-
n ver-
die Zukunft
ehrt, wie mit
em Privatkapital
s Geld zurück-
Willst du
Joseph Dol-
des Gemein-
berungläubig
nun in eine
nt darauf, die
igung gewöhn-
esse Amts-
nt unpartei-
Gesicht zeigt,
lägig lassen.
nannten Mann
ber die öffent-
nabewegung
Die Sache wird
wegung nur
igung in der
vorher alle
nd. Die Beh-
würde ist:
abnehmen.
Preis aller
pro Pfund.
Baden.
r. 1 sehr un-
gen, Nr. 2 ist
Saaten Mü-
m Oktober
pels 2,5 (27,
(8,1), Winter-
weiß und
richt.
rube, 20.
id.
igung bedingt
den
ppelst Stahl
Vorhänger
Gutenbergs
tele Staats-
nger fungierte
geborene
geleitet zu
ade des Dient-
den Koch
Amtsgericht
sagte, er habe
nen Ver-
Zeit von Juli
früher in
war, hatte
berhältnis un-
dacht Geburt
diesen eine
Ehrengeld
zahlen.
Einwohner,
der zu der
der Höhe
und berief
mehrere Ver-
ab. Dieser
men und
unwahre
ungsergebnisse
en nicht der
ung seiner
die Schul-
gen sach-
pungen er-
ängnis.
rube, 22
it nachge-
as hiesige
den
Nach Wieder-
aufnahme
erung mit
ung der
nicht noch-
s. Mai hatte
n, das
n Ehever-
ung hieß, in
in der
mit einem
über den
ah wir uns
schie hervor-
s Jahren
in der
Beleitung
einer Reihe
nen bes-
hofen zurück,
urückge-
die Saden
dabin be-
19 Jahre
einer Be-
nden Wita-
den Waha-
use zurück-
die Frauen-
t waren, von
tisierten
Die Wöh-
diese sich
auf- und
daß sie
seiner
G. lam

schlechte mit Hilfe seines Schwelers die Mutter auf und
alle dann mit den drei Frauen der Wohnung zu. Eine
er und drängte sich ihnen auf dem Fuß in den Ein-
gang des Hauses Durlacherstraße 52 nach. In diesem
Augenblick kam Luigi Goretti die Treppe herunter und
seinen Angehörigen zu Hilfe. Es entspann sich alsbald
eine Kämpfelei, bei der der ganze Menschenhaufen auf
die Straße hinausgedrängt wurde, wo sich inzwischen
eine große Menschenmenge angeammelt hatte. Plötzlich
brach der alte Goretti zu Boden und aus der Lücke,
die dadurch in dem Menschenhaufen entstanden war,
sprang ein Mann heraus und wollte davonlaufen. Ein
anderer hingegen schloß sich ihm an und schloß sich
auch an Goretti an. Es war Gatoir. Er hatte Goretti
von der Polizei alsbald festgehalten, daß Goretti
schuldig war. In dessen Innerer Brustseite zeigte sich
eine offene Stichwunde. Der Stich, den Goretti erhalten
hatte, war durch die Lunge in den Herzbeutel gedrungen
und hatte die große Arterienader durchtrennt.
Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Gatoir.
Er bestritt sofort, gestochen zu haben, mußte aber
gestehen, daß er bei der Kämpfelei einen Dolch in der
Hand gehabt hatte. Er erklärte, daß er den Dolch nur
besaß, um seine Angehörigen abzuwehren. Auf Grund
des Verhandlungsergebnisses vom 5. Mai wurden die
Geschworenen Gatoir schuldig, was die Verurteilung
bestrafte, zu den oben schon angeführten Strafen
zur Folge hatte.
Gegen das schuldigheitsurteil legte dann der
Angeklagte Revision ein. Das Reichsgericht verwies die
Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwur-
gericht zurück. So kam die Sache nochmals vor die
Geschworenen.
Der Vorsitz führte in der heutigen Verhandlung Land-
gerichtsrat Schmitt. Die Anklagebehörde vertrat der
erste Staatsanwalt Mülling. Die Verteidigung des
Angeklagten führte Rechtsanwalt Heinrich Haas.
Es waren 57 Zeugen und 2 Sachverständige, Medizinal-
rät Kasper und Professor Rupp, sowie für die Ein-
nahme der italienischen Zeugen ein Dolmetscher geladen.
Für die Verhandlung des Falles sind 2 Tage vorgesehen.
Die erhobene Anklage ging dahin, daß Gatoir sich in
der Nacht vom 25. auf 26. Februar zwischen halb 1 und
1 Uhr hier in der Durlacherstraße an einer Schlägerei
beteiligt habe, durch welche der Tod eines Menschen
verursacht wurde, und daß er den Tod eines Menschen
verursacht habe, indem er dem Luigi Goretti einen Stich in
die Brust beibrachte, der nach wenigen Augenblicken den
Tod des Verletzten zur Folge hatte. Der Angeklagte
stellte auch heute wieder einführlich in Abrede, den ver-
hängnisvollen Stich, dem Goretti zum Opfer fiel, geführt
zu haben. Er habe an dem fraglichen Abend — es war
Festnacht-sonntag — ziemlich getrunken gehabt und
schon nach 12 Uhr mit einigen Bekannten aus der Wirt-
schaft „Schumpel“ entfernt. Seine Begleiter seien in
der Durlacherstraße mit mehreren Italienern in Streit
geraten, an welchen er sich aber nicht beteiligt habe.
Wichtig sei er von den Italienern von hinten angefallen
und geschlagen worden. Er habe deshalb auch draußenge-
schlagen und seinen Dolch herausgezogen, um seine An-
greifer abzuwehren. Gestochen habe er nicht. Wenn
man ihm gestochen worden wäre, hätte sein Messer blutig
sein müssen. Das sei aber nicht der Fall gewesen, wie
gleich nach seiner Verhaftung auf der Polizeistation fest-
gestellt worden sei. Wer den Goretti gestochen, wisse er
nicht, er habe niemanden verletzt.
Im Zeugenvorbericht gelangten zunächst die Angehörigen
des Erschlagenen Goretti zur Einvernahme. Die Vor-
gänge, welche dem blutigen Ereignis vorausgegangen
waren, wurden von ihnen in der Weise wiedergegeben,
wie sie im Eingange unseres Berichtes des näheren dar-
gelegt sind. Uebereinstimmend sagten diese Zeugen aus,
daß niemand von ihnen eine Waffe bei sich getragen und
einen von den Männern, die sie belästigt hätten, ange-
griffen habe. Angelo Goretti deponierte des Weiteren,
daß der Vater auf die Rufer der Frauen aus dem Hause
herausstelle. Er habe nur wenige Schritte gemacht und
sich dem Dolch entgegen gestellt. Den Stich könne nur der
Schlagmeister — Gatoir — geführt haben, da nur dieser
sich in der nächsten Nähe seines Vaters befunden habe.
— Die Zeugin Biagiotti gab an, daß sie gesehen habe,
wie Gatoir gegen die Brust ihres Onkels einen Schlag
geführt habe. Goretti sei gleich darauf umgefallen. Daß
Gatoir derjenige gewesen, welcher gestochen habe, sei
sicher, da sie dessen Gesicht im Scheine der nahen Gas-
laternen gesehen habe. — Die Zeugin Marie Goretti, die
Zochter des Erschlagenen, erklärte, daß die Männer, die
sie belästigt hätten, Messer trugen. Von dem Schlag-
meister sei sie an der Stirne verletzt worden. Da die
Männer sie immer wieder belästigt hätten, habe ihre
Mutter um Hilfe gerufen. Das habe ihr Vater gehört
und sei aus ihrem Hause herausgekommen. Er habe
gefragt: „Was gibst.“ Sofort hätte ihm der Schlag-
meister einen Stich verleiht, worauf ihr Vater zusammen-
gebrochen sei. Sie sei ganz nahe dabei gewesen, als
dieser, es ist der Angeklagte gewesen, meinen Vater stach.
Um halb 2 Uhr trat eine Mittagspause ein.

halt nachträglich zugegeben hat, gestochen zu haben. Gatoir
bestritt dies; er habe nur gefragt, wenn ich noch einmal
geschlagen worden wäre, hätte ich gestochen.
Durch die Enttarnung der Gutachten der Sachverständigen
wurde das Zeugenvorbericht auf einige Zeit unterbro-
chen. Medizinalrat Kasper hatte die Leichenschau und
Leichenöffnung vorgenommen. Er konnte feststellen, daß
Goretti einen wunden Stich erhalten hatte, der von
oben nach unten geführt worden war. Der Stich ver-
letzte die obere linke Lunge, durchbohrte den Herzbeutel
und durchschnitt die große Arterienader. Diese Ver-
letzung führte den sofortigen Tod des Goretti insolge
innerer Verblutung herbei. Der Stich muß mit der
größten Wahrscheinlichkeit mit dem Dolchmesser des Gatoir
geführt sein, da dieses in die Wunde vollständig
paßte. Den Umstand, daß an dem Dolche kein Blut ge-
funden wurde, erklärte der Sachverständige damit, daß
das Messer an und für sich nur wenig Blutspuren ge-
hoben hätte, da das Blut sich in der Hauptsache
nach innen ergossen habe, und daß Zeit genug gewesen
sei, das Dolchmesser zu reinigen. Professor Rupp hatte
den Dolch des Gatoir nach Blutspuren untersucht, solche
aber nicht entdecken können.
Es wurde dann eine Reihe von Zeugen verhört, die
etwas Wesentliches nicht anzugeben vermochten. Die
Scheide des Dolches fand an anderen Orten einige
Meter vom Tatort entfernt. Hohenhändler Kolb auf der
Straße. Gatoir erkannte dieselbe als sein Eigentum an.
Die Zeugin Frau Horadam hat von ihrer Wohnung aus
gesehen, daß Goretti wenige Augenblicke, nachdem er
auf die Straße getreten war, auf den Boden fiel und
nicht mehr sich erhob. Der Mann muß mindestens fünf
Minuten gelegen haben, ehe die Polizei kam. Die Zeugin
Wiel war durch den Lärm aus ihrer in der Durlacher-
straße gelegenen Wohnung auf die Straße gelockt
worden. Sie erfuhr von verschiedenen Leuten, daß der
Italiener erschossen worden sei. Gleich darauf kam der
Tageblöcker Heide an ihr vorbei und sagte: „Dem hat
jemand ein Gewehr, sei aber nur ruhig.“ Der Zeuge Witz,
der gleichfalls auf der Straße stand, hörte, wie Gatoir
sagte: „Ich hab' ihm eine gewischt, die langt ihm, aber
nur nichts an ihm.“
Der nächste Zeuge war der Eisenhändler Heide. Er
befand sich am Fastnachtmittagabend mit dem Tag-
blöcker Heide und dem Hausbesitzer Galt in der Ge-
sellschaft des Gatoir. Er war der Wirt, der die
italienischen Mädchen belästigte und der sich an der
Kämpfelei beteiligte. Er hatte sich auch
am 5. Mai mit Gatoir vor dem Schwurgericht zu ver-
antworten und erhielt wegen schwerer Körperverletzung
und Beteiligung an einer Schlägerei, durch die der Tod
eines Menschen herbeigeführt wurde, 3 Monate Gefängnis,
abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Der Zeuge
gab die der Schlägerei vorausgegangenen Verhältnisse
der Mädchen zu und räumte auch ein, daß er sich an der
Kämpfelei beteiligt habe. Wer den Goretti erschossen habe,
wisse er nicht. Der Zeuge mußte nun in einem Neben-
raum sein Kostentopfen, das er an jenem Abend trug,
anlegen. Es erregte nicht geringe Heiterkeit, als nach
einigen Minuten Heide im Gerichtssaal wieder erschien,
angestrichelt mit einer weiß rot karierten Hose, einer Jacke
mit unbestimmterem Graublau und einem roten Tuch,
das um den Hals geschlungen war. Die Zeugen, die die
Schlägerei mit angesehen, bedachten Heide als die
Waise, die auf die Italiener einschlug und dem am Boden
liegenden Goretti mehrere Fußtritte versetzte. Die
Zeugin Biagiotti wurde nochmals vorgelesen und ge-
fragt, ob nicht Heide derjenige gewesen sei, welcher ihren
Onkel Goretti gestochen habe. Sie hielt dies in Abrede
und bezeugte nochmals Gatoir mit aller Bestimmtheit
als den Täter. Der nächste Zeuge war gleichfalls einer
der maskierten Begleiter des Gatoir und er hatte des-
halb sich in sein Kostentopfen zu heiden, das er damals
trug. Er wachte nichts von Belang auszusagen, ebenso
der dritte maskierte Kuli. Ein Zeuge gab an, daß
Heide nach dem Vorfall ein Messer in der Hand ge-
habt habe, wie ein Stielmesser und zu ihm sagte: „Das
hat er dir geholt.“ Zu einem anderen Zeugen hat in
jener Nacht Heide gesagt: „Dem (Italiener) habe ich
ein gepunkt, sag aber nichts.“ Der Zeuge Heide
äußerte zu diesen Aussagen und zu denen der Zeugin Witz,
daß er sich an derartige Bemerkungen nicht erinnern
könne. Er sei in jener Nacht fast angekommen gewesen
und wenn er Bemerkungen wie die angegebenen gemacht
hätte, er renomierte.
Um halb 9 Uhr wurde die Verhandlung auf morgen
verlagt.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 23. Oktober.

Auf die morgige Verammlung

des sozialdemokratischen Vereins, in
welder das Thema: Von Jena nach Adenau
erörtert wird, sei nochmals aufmerksam gemacht.
Gerade die Sozialdemokratie hat alle Veranlassung,
die politische Seite des Falles Adenau ernsthaft zu
diskutieren. Ein zahlreicher Verammlungsbesuch
ist deshalb dringend erwünscht. Die Verammlung
findet bei Möhrlein statt.

Die richtige Antwort

haben die hiesigen Gewerkschaften gestern Abend
dem Stadtrat gegeben, indem sie folgende Reso-
lution einstimmig akzeptierten:

„Die heute am 22. Oktober 1906 in der Resta-
uration Wolfshofstrasse versammelten Vorsitzenden der
Karlsruher Filialen der Generalcommission ange-
schlossenen Gewerkschaften beantragen auf schärfste
die von dem Karlsruher Stadtrat beschlossene Ver-
minderung der bisher geleisteten Unterstützung der
Unterrichtskurse des Gewerkschaftsartells aus städti-
schen Mitteln.“

Die Versammelten können die in dem Schreiben
des Karlsruher Stadtrates vom 19. ds. Mts. für
die Verweigerung der Subventionierung der Un-
terrichtskurse angegebenen Gründe als stichhaltig
nicht anerkennen. In dem Verhältnis zwischen
den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen
Partei ist durch den Mannheimer Parteitag keine
Veränderung eingetreten, über das Verhältnis zwischen
Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei
hat in der Leitung des hiesigen Gewerkschafts-
artells auch noch niemals eine andere Auffassung be-
standen, als sie der Mannheimer Parteitag be-
stimmte. Daß die maßgebenden Personen im Karlsru-
her Gewerkschaftsartell zugleich Anhänger der
sozialdemokratischen Partei sind und öffentlich für
die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei
wirkten, war dem Karlsruher Stadtrat bekannt;
wäre die in dem städtischen Schreiben gegebene
Begründung zurecht, so hätte der Stadtrat von
seiner die Subventionierung der Unterrichtskurse
des Gewerkschaftsartells ablehnen müssen.

Da die Subventionierung bisher trotz der dem
Stadtrat bekannten Tatsachen geleistet wurde,
kann es aber verweigert wird, gibt der Vermutung
Raum, daß die tatsächlichen Beweggründe für die
Entscheidung des Stadtrates nicht in den Beschaffen-
heiten des Mannheimer Parteitages, sondern wohl eher in

den Umständen zu suchen sind, daß das Gewerkschafts-
artell sich in eine in leitens des Stadtrates
gegen den hiesigen Volksfreund ge-
führten Prozesse nicht als Stürmbock gegen
das sozialdemokratische Blatt gebrauchen ließ. Im
übrigen hat der Stadtrat schon sehr oft aus städti-
schen Mitteln parteipolitische Bestrebungen wie
Flotten- und Bismarcksfeiern usw. unterstützt.

Welcher Art auch die Beweggründe des Stad-
trates gewesen sein mögen, die Haltung des Karlsru-
her Stadtrates in dieser Angelegenheit ist ein
neuer Beweis dafür, wie wenig Verständnis das
städtische Kollegium für die Bedürfnisse der arbei-
tenden Klasse und wie wenig guter Wille vorhan-
den ist, berechnete Bedürfnisse der arbeitenden Ver-
bänder zu befriedigen. Die Vorsitzenden der
Gewerkschaften sprechen deshalb öffentlich gegen-
über dem Karlsruher Stadtrat ihre Mißbilligung
aus und fordern die Angehörigen der gewerkschaft-
lichen Organisationen an, aus dem Verhalten des
Stadtrates die Konsequenzen zu ziehen und dafür
zu sorgen, daß künftighin der Einfluß der Arbeiter
in den städtischen Kollegien ein größerer wird.“

Soweit das Gewerkschaftsartell. In seiner
Vermutung über die wahren Beweggründe des
Stadtrates kann es bestätigt werden durch die nach-
folgende Auslassung des Red. Beobachters, welcher
schreibt: „Bekanntlich haben die christlichen Ge-
werkschaften schon seit langer Zeit eine Unterstützung
vom Stadtrat erbitten, sind aber immer wiederweg
abgewiesen worden mit dem Hinweis auf ihren
konfessionellen Charakter. Diesen Gewerkschaften
darf es nur zur lebhaften Genugung gereichen,
daß der Stadtrat endlich von seinem imparitätischen
Standpunkt abgenommen ist. Es hat allerdings
lange gedauert, bis den Herren die bessere Einsicht
aufgedämmert ist und wir vermuten, daß nicht so
sehr der Mannheimer Parteitag, als vielmehr
der jüngste Parteitag gegen den Volks-
freund, bei dem die freien Gewerkschaften und
der Stadtrat sich gegenseitig gehörig die Meinung
sagten, diesen Umschwung herbeigeführt hat.“

Nun, die freien Gewerkschaften werden den Um-
schwung verzeichnen; sie haben gestern Abend
geschloffen, die Unterrichtsfrage trotzdem zu veranlassen.

* Der badische Automobilklub macht darauf auf-
merksam, daß unheimlich viele Motorfahrzeuge (Wagen
und Motor) gepirkt und mit Nummern versehen werden
müssen und sich auch die Führer der Wagen einer Prüfung
zu unterziehen haben. Wagen ohne Nummern dürfen
nicht mehr verkehren.

* Wetterbericht. Die Depression über den britischen
Inseln hat sich ohne wesentliche Veränderung erhalten
und an Intensität angenommen, während das Minimum,
das gestern über Mitteldeutschland lag, nach Osten gezogen
ist und heute über Westrußland liegt. An seine Stelle
ist hoher Druck von Nordosten vorgedrungen und ein
schöner Nebel von mehr als 770 Millimeter. Barometer-
stand reicht heute von Lapland über den baltischen
Meerbus bis zu den schwebischen Seen. Im übrigen Europa
betragen bei ziemlich gleichmäßiger Verteilung die Baro-
meterstände mehr als 765 Millimeter.

Vorwärtshilfliche Witterung: Fortdauer des bestehenden
Witterungscharakters.
(Fortsetzung aus dem zweiten Blatt.)

Verfallungsberichte.

Partei.

In Baden fand am vorletzten Sonntag eine Ver-
sammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete
Wed über die Reichstagsarbeit referierte. Der Saal
der hiesigen Volkshaus war gut besetzt und die
Verammlung hatte den Erfolg, daß sich sofort ein Wahl-
verein konstituierte und neue Abonnenten für den Volks-
freund gewonnen wurden. Wir möchten die Später
Genossen bitten, im Vereinslokal recht fleißig an der
Agitationsarbeit tätig zu sein.

Gewerkschaften.

Baden, 21. Okt. Am Samstag Abend referierte Ge-
nosse Willi (Karlsruhe) in einer vom Gewerkschafts-
artell einberufenen öffentlichen Verammlung über das
Thema: Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung unter
besonderer Berücksichtigung des Unfallversicherungs-
gesetzes. Redner schilderte zunächst die verschiedenen Arten
der Sozialgesetzgebung, um dann an praktischen Beispielen
aus dem Leben besonders die Mängel der Unfallversiche-
rung zu beleuchten. Im großen und ganzen seien die
Arbeiterversicherungsgelege noch lange nicht das, was sie
in Interesse der Arbeiter sein sollten. Am Schlusse seiner
Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß die So-
zialgesetzgebung nur dann weiter im Interesse der Ar-
beiter ausgebaut werden kann, wenn die Arbeiter sich
zu einer großen, starken Organisation zusammenschließen,
um auf die Gesetzgebung den nötigen Einfluß zu ge-
winnen. Das könne aber nicht geschehen, wenn die Ar-
beiter sich in verschiedene Lager teilen lassen, wobei be-
sonders die „Christlichen“ das Zerplitterungswort unter
den Arbeitern betreiben.

In der Diskussion gab der hier gut bekannte „Chri-
stliche“ Agitator Herr Groß, die Mängel der Arbeiter-
versicherungsgelege, um aber doch zum Schlusse
ein Loblied auf die Segnungen der Sozialgesetzgebung
zu singen. Insbesondere die Angriffe, die auf die Jen-
trumpartei gemacht wurden, haben den Widerspruch des
„christlichen“ Beobachters hervorgerufen. Herr Groß
hat durch seine demagogischen Wägen und seine un-
wahren Argumente den größten Teil der Verammlung
fest gegen sich aufgebracht, was durch die vielen Zwischen-
rufe gegen ihn Andeutung kam. Herr Groß argumentierte mit
den Behauptungen des badischen Beobachters, daß die
Lebensmittelsteuer zum Teil auf die geringsten Löhne
der Arbeiter, besonders der Randarbeiter, zurückzuführen
seien. Der Herr hat in dieser Verammlung seine Maste
fallen lassen und gezeigt, daß er kein Arbeitervertreter,
wohl aber ein Arbeiterverleumdung ist. Herr Groß wurde
durch Genosse Willi und den Karlsruher Genosse
Martha f. f. verurteilt. Die Verammlung
dauerte bis halb zwei Uhr und nahm einen sehr
angenehmen Verlauf. Wir können mit dem Verlauf zu-
frieden sein. Von unseren Anhängern hat Herr Groß
attemand befehlt, wohl aber konnte man den Geschlechten
mander „Christlichen“ ablehnen, daß sie an der Wahrheit
und Ehrlichkeit ihres Führers zu zweifeln anfangen.

Am gleichen Abend fand auch eine Verammlung für
die Hand- und Transportarbeiter statt, welche vom
Gewerkschaftsartell arrangiert wurde. Derselbe erefre
sich ebenso wie diejenige, welche acht Tage zuvor abge-
halten wurde, eines guten Verlaufes und wurde zur
Gründung einer Parteiliste geschritten. Es hat sich eine
bedeutende Anzahl Kollegen angeschlossen. Hoffen wir,
daß diese junge Organisation sich gut weiterentwickelt.
Die Verhältnisse im Hand- und Transportgewerbe
sind hier sehr traurig. So bekommen die Kutscher
Wochenlöhne von 6 Mark. Das andere Einkommen be-
steht aus Trinkgeldern. Die Arbeitszeit beträgt 14—18
Stunden täglich. Neben den 6 Mark Wochenlohn be-
kommen Werkstatte noch die Koffi, die ledigen Koffi und
selbstweisse Koffi. Wie kann ein verheirateter Mann bei
solchen Einkommen eine Familie ernähren? Die Ge-
werkschaftler erhalten an Lohn täglich eine Mark.
Darzu noch die Trinkgelber, welche in eine Kasse kommen
und nach einer gewissen Zeit unter die Arbeiter verteilt
werden. Die Hühler der Güterbesitzer haben einen
täglich Lohn von 2,50 Mk. Weide Arbeiterkategorien
haben eine 14—18stündige Arbeitszeit.

Wie traurig die Lebenslage dieser Arbeiter ist und
wie schwer die Leute für Organisationsfragen zu inter-
essieren sind, kann man sich wohl vorstellen. Die Art
und Weise, wie es die Inhaber der staatlichen Güter-
besitzer verhalten, ihre Arbeiter von den Veramm-
lungen fernzuhalten, sei hier gekennzeichnet. Die Herren

bekamen Wind von den Verammungen und traurigsten
deshalb ihre Arbeiter an den Verammungen abenden mit
einem Kaff Kaffier. Ja, man drohte den Arbeitern
mit Entlassung, falls sie die Verammungen besuchen.
Die Hungerrevolte und der Alkohol sind die Mittel, mit
denen diese Arbeiter von der Erkenntnis ihrer Klassenlage
abgehalten werden. Es werden aber diese Mittel auf
die Dauer nichts nützen. Auch diese Arbeiter werden
aufgehört und der Organisation zugeführt werden, trotz-
allem. Uns sei aber noch bemerkt: Der badische
Staat, der die Güterbesitzer und die Erpreßgüterbesitzer
an Privatunternehmer verpackt, sollte doch darauf
achten, daß diesen Arbeitern ein auskömmlicher Lohn
zuteil wird. Es mag dies ja etwas viel verlangt sein
angesehen werden, daß die in Staatsbetrieben beschäftigten
Arbeiter noch nicht genügend entlohnt werden. Aber ver-
langen müssen wir es.

Aus dem Reiche.

Tübingen, 20. Okt. Zum Prozeß Büdger
sei nachgetragen: Der Verteidiger weist auf das Gut-
achten von Oberbaurat Prof. Barth in Karlsruhe
hin, wonach es nicht möglich sei, ohne Beschädigung der
Wände und Decken eine sichere Untersuchung der Kon-
struktion des Hauses vorzunehmen. Wenn überhaupt
von einem schuldigen Faktor bei dem Unglück gesprochen
werden könne, so müsse betont werden, daß der Ange-
klagte gewiß nicht der Schuldige sei. Der Verteidiger
geht schließlich noch auf die psychologischen Momente, die
bei dem Angeklagten mitwirkten, näher ein und rückt
zum Schlusse an das Gericht die Bitte: Fügen Sie den
vielen unschuldigen Opfern der Ragolber Katastrophe
nicht durch eine Beurteilung des Angeklagten ein neues
Hinzu.

Aus der Begründung des mitgeteilten Urteils ist
hervorzugehen, daß als strafschwerend die entsetzlichen
Folgen des Ragolber Unglücks und die großen Fahrläs-
sigkeiten, deren der Angeklagte sich schuldig machte, in
Betracht kamen. In Gunsten des Angeklagten kam in
Betracht seine bisherige Straflosigkeit, die unterlassenen
vollständigen Absperren und die unbegründete Sorg-
losigkeit bei der Wirtschaft amwesenden Gasse.

Wiesbaden, 22. Okt. Das Mädchen, das hier die Kin-
derleiche in den Rhein geworfen hatte, ist als das 20-
jährige Dienstmädchen eines Arztes in Höteln festgestell-
t worden, welches aus Bayern stammt und sich direkt nach
seinem Heimatort Dinkelsbühl zurückgeben hat, wo
es verhaftet wurde.

Letzte Post.

Die Grenzen auf.
Mannheim, 23. Okt. In Sachen der Fleckst-
besatzung beschloß der Stadtrat gemeinschaftlich mit den übrigen
badischen Städten Schritte zu tun, um die Seffnung des
Grenzen für Schlachtvieh zu bewirken.

Reichstagswahl in Döbeln.

Döbeln, 22. Okt. Bei der heute stattgefundenen
Reichstagswahl im Wahlkreis Döbeln-Kohne-
wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Grün-
berg der Genosse Bunk an der Spitze gewählt.
Er erhielt 12050 Stimmen. Auf den national-
liberalen Kandidaten Professor Haffe entfielen
8826, auf den freisinnigen Lehrer Wed 3500
Stimmen. Bei der Wahl im Jahre 1903 wurden
abgegeben für Genosse Grünberg 13 162, für den
nationalliberalen Kandidaten 5434, für den der
Reformpartei 5569. Die Gegner haben also ins-
gesamt um rund 800 Stimmen gewonnen,
während unsere Partei mit rund 1100 Stimmen
weniger das Mandat bekaupete.

Wenn man auch berücksichtigt, daß der verstorbene
Genosse Grünberg im Wahlkreis anständig und sehr
bekannt und beliebt war, so hätten wir in der Zeit
der Fleckstenerung doch auf eine Stimmenzunahme
gerechnet. Daß wir 1100 Stimmen weniger er-
hielten als im Jahre 1903 ist bedauerlich.

Die Jeschenbarone wollen den Kampf.

Essen a. M., 22. Okt. Zu den Forderungen
der Siebenerkommission hat der Vergewaltigte Ver-
ein in seiner heutigen Vollversammlung dahin
Stellung genommen, daß als Vertreter der Beleg-
schaften nicht die Verbände, sondern nur die durch
das Gesetz geschaffenen Arbeitervereine anzusehen
seien und daß andere wie der Vergewaltigte Verein
nicht die zuständigen Stellen seien, über die Lohnfest-
setzung Erklärungen abzugeben. Es wurde be-
schlossen, den Forderungen zu entsprechen, mit den Ar-
beitervereinsämtern zu den eingereichten Forderungen
Stellung zu nehmen, wobei nachgewiesen werden
solle, daß seit Jahresfrist die Löhne bereits in
rapider (1), sprunghafter (1) Weise um 10—15 Proz.
gestiegen seien und sich noch fortwährend im Stei-
gen befinden.

Essen, 22. Okt. Die meisten der geistigen Verg-
arbeiter-Versammlungen erklären an der 15-proz.
Lohnerhöhung festhalten zu wollen.

Zur französischen Ministerkrise.

Paris, 22. Okt. Die Agence Havas meldet, es
scheine sich zu bestätigen, daß das Fortschreiten des Kriegs
dem General Picquart übertragen werden soll.
Es gilt jetzt als sicher, daß ein neues Ministerium
unter dem Namen Arbeitsministerium ge-
gründet wird; demselben werden mehrere bisher dem Mini-
sterium für Handel und Industrie unterstehende Abtei-
lungen zugewiesen werden, auch sollen ihm die Abtei-
lungen für öffentliche Gesundheitspflege, die Alters- und
Invalidenversicherung unterstellt werden. Das Fort-
schreiten soll dem Abgeordneten Viviani (unabh. So-
zialist) angeboten werden. Der neue Arbeitsminister
wird die von der Kammer angenommene Vorlage betr-
fend die Altersversorgung der Arbeiter vor dem Senat
zu vertreten haben.

Eine österreichische Ministerkrise.

Wien, 22. Okt. Der Minister des Äußern Graf
Goluchowski hat dem Kaiser sein Amt zur Ver-
fügung gestellt. Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch
angenommen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Heute Dienstag
Abend, punkt 9 Uhr, beginnen unsere Proben wieder.
Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Säng-
er dringlich erwünscht. 4210 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Verhausem. Worek! Kann ich noch keine
bestimmte Zufage geben, da ich für den 10. Nachfreis
verpflichtet bin. Gruß W. A.
Waldtrug. Beide Notizen sind zur Aufnahme nicht
geeignet, da sie des sogen. allgemeinen Interesses ent-
behren.
Magazin. In Karlsruhe ist Allerheiligen kein
gesetzlicher Feiertag, dagegen überall dort, wo die Katho-
liken an Zahl bedeutend überwiegen.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Reichs-
artikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeinde-
zeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den ge-
samten übrigen Inhalt: A. Eichmann; für die In-
sertate: A. Biegler, Buchbinder und Verlag des
Volksfreund Wed u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

